

# Danziger Zeitung.

№ 10867.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Rotherhagenstraße No. 4, und bei allen kaiserlichen Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 M., durch die Post bezogen 5 M. — Inserate kosten für die Petitzeile oder deren Raum 20 S. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1878.

## Abonnements-Einladung.

Unsere geehrten auswärtigen Abonnenten bitten wir, die Bestellungen auf die Danziger Zeitung für das nächste Quartal rechtzeitig aufzugeben, damit keine Unterbrechung in der Versendung eintritt. Die Postanstalten befördern nur so viele Exemplare, als bei denselben vor Ablauf des Quartals bestellt sind.

Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an. Der Abonnementspreis beträgt für die mit der Post zu versendenden Exemplare pro II. Quartal 1878 5 M.; für Danzig inclusive Bringerlohn 5 M. 25 Pf. Abgeholt kann die Zeitung werden für 4 M. 50 Pf. pro Quartal:

Rotherhagenstraße No. 4 in der Expedition, Mittelstädtischer Graben No. 108 bei Hrn. Gustav Hennig,  
2. Damm No. 14 bei Hrn. S. Abel (Firma Joh. Wiens Nachfolger),  
Fischmarkt No. 26 bei Hrn. C. Schwintowski,  
Heil. Geist- und Al. Krämergassen-Ecke bei Hrn. Restaurateur Pieske,  
Kohlmarkt No. 22 bei Hrn. Saack,  
Brodhauken- und Kürschnergassen-Ecke bei Hrn. A. Martens,  
Langgarten No. 8 bei Hrn. Bräutigam,  
Kengarten No. 22 bei Hrn. Löws,  
Paradiesgasse No. 18 bei Hrn. Bäckermeister Trostener,  
Poggenpohl No. 32 im „Tannenbaum“.

## Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 21. März. Das Abgeordnetenhaus genehmigte in dritter Lesung den Gesetzentwurf über die Berliner Stadtbahn. Sonnabend findet die erste Lesung des neu eingegangenen Nachtragsetats, betreffend die Ueberweisung der Domänen und Forsten an das Landwirtschaftsministerium, die Bildung eines Eisenbahnministeriums und die Einstellung des bisher ersparten Gehaltes des Ministerpräsidenten für den Ministerpräsidenten, statt.

Das Herrenhaus berathet heute das Gerichtsverfassungsgesetz; es stellte die früheren Herrenhausbeschlüsse betreffs der Sitz- und Bezirke der Amtsgerichte, des Gerichtsstandes der Standesherrn und betreffs der Kompetenz des Oberlandesgerichts zu Berlin wieder her und genehmigte Alles Uebrige in der Fassung des Abgeordnetenhauses.

Berlin, 21. März. Aus Parlamentskreisen wird mitgetheilt, die definitive Besetzung des Ministeriums des Innern sei erfolgt, der bisherige Oberpräsident von Hannover, Graf Eulenburg, habe das Portefeuille des Ministers des Innern übernommen.

## N. Zur Tabakbesteuerung.

Der dem Bundesrath vorliegende Gesetzentwurf wegen Ermächtigung zu statistischen Erhebungen über die Tabakfabrikation und den Tabakhandel wird bei der Mehrheit des Reichstags, falls er in der gegenwärtigen Form an den Reichstag gelangt, einer prinzipiell ablehnenden Haltung nicht begegnen. Der Grundgedanke, die für ein entscheidendes Urtheil über die zweckmäßigste Art der Besteuerung des Tabaks erforderlichen Materialien zu beschaffen, ist ohne Zweifel durchaus berechtigt. Die Frage ist nur, ob dieser Grundgedanke in der in Rede stehenden Vorlage

zum richtigen Ausdruck gebracht ist. So wird z. B. zu erwägen sein, ob die weitgehenden Strafbestimmungen durch den Zweck gerechtfertigt sind. Vor Allem aber fällt auf, daß der Entwurf nur von Untersuchungen spricht, welche ganz vorzugsweise für die Frage der Einführung des Monopols in Betracht kommen, während von Ermittlungen bezw. von autopsischen Studien über Einrichtung und Resultate des amerikanischen Fabrikatsteuer-systems in dem Entwurf selbst nicht die leiseste Andeutung zu finden ist, es sei denn, daß man aus der Wirkung, welche die staatliche Einmischung bei der beabsichtigten Enquete im Zusammenhang mit den Strafbestimmungen auf unsere Tabakindustrie ausüben müßte, einen Schluß auf die Durchführbarkeit der amerikanischen Steuer in Deutschland ziehen wollte. Falls diese Einseitigkeit der Vorlage nicht bereits im Bundesrath ausgeglichen wird, so würde dem Reichstage die Aufgabe einer verhängnisvollen Anwendung zufallen; denn der letztere wird es Angesichts des gegenwärtigen Standes der Frage durchaus vermeiden müssen, sich für das Monopol irgendwie, wenn auch nur hypothetisch, zu engagieren.

Wer der Frage nach dem zweckmäßigsten Tabaksteuermodus wirklich unbefangenen gegenübersteht, wird zum mindesten folgenden Ausführungen zustimmen, welche Heinrich v. Treitschke in den „Preussischen Jahrbüchern“ veröffentlicht: „Fabrikation und Consum des Tabaks haben sich in ganz unerwartetem Verhältniß gehoben. Ein deutscher Tabakbau ist entstanden, künstlich gefördert durch Schutzzölle, auf weiten Gebieten zerstreut und darum mit dem Monopole kaum vereinbar. Das Tabakgeschäft bildet heute einen der wenigen Handels- und Gewerbszweige, worin das arme Deutschland alle anderen europäischen Völker übertrifft; und auf seiner Blüthe ruht wesentlich die Welt Handelsstellung Bremens, der treuen Stadt, die in dem Entscheidungskriege von 1866 Preußens bester Bundesgenosse war, die an Vaterlandsliebe, ehrenfestem Bürgerfinn, rührigem Unternehmungsgeist von keiner Stadt des Reiches übertroffen wird. Sollen alle diese in drei Menschenaltern erwachsenen hochwichtigen Interessen mit einem Schlage gestört und vielleicht zerstört werden? Nur die Unkenntniß kann darauf mit einem raschen Ja antworten, und in der That findet die mobile Schwärmerie für das Monopol ihre eifrigsten Jünger in jenen deutschen Landen, wo man weder einen schwungvollen Tabakbau, noch einen bedeutenden Tabakbau besitzt, so in Württemberg. Minister Delbriick berechnete vor zwanzig Jahren (in seiner lehrreichen Schrift über das Tabakmonopol) die den 2000 Tabakfabriken des Zollvereins zu zahlende Entschädigung auf durchschnittlich 800 Thlr., zusammen 1,6 Millionen Thaler. Offenbar müßte heute der deutsche Gesamtstaat eine unvergleichlich größere Summe auswenden, wenn er nicht geradezu räuberisch handeln will; nimmt man hinzu die Entschädigung für die Tabakbauer und -Händler, für die Tausende kleiner Leute, welche die häusliche Cigarrenfabrikation als Nebenerwerb betreiben, so erhellt leicht, daß die orientalische Phantasie der Monopoliswänner den Ertrag der Regie viel zu hoch, wohl um eine Null zu hoch schätzt. Noch schwerer wiegen indeß die mittelbaren Verluste des Bremer Handels, wofür das Reich gar keinen Ersatz bieten kann; erst durch das Tabakgeschäft ist dem von der Natur so tief-

mütterlich bedachten Weserplage die Anknüpfung vieler anderen Handelsbeziehungen ermöglicht worden, eine Tabakregie aber müßte den Tabakimport wohl unvermeidlich in die Hände weniger großen Firmen legen. Käst sich eine Tabaksteuer finden, welche auch nur annähernd den gleichen Ertrag bringt wie das Monopol, so ist sie der Regie entschieden vorzuziehen, denn sie läßt Tabak-Cultur, -Handel und -Fabrikation frei, erspart unserer Volkswirtschaft eine tief einschneidende Störung, unsern jungen Reiche eine Fülle des Gusses. Nur wenn mit voller Sicherheit erwiesen wird, daß die ergiebige Fabrikatsteuer, welche in Nordamerika nur durch unerbittliche fiskalische Strenge und durch ein gehässiges Denunciations-Unwesen aufrechterhalten wird, für Deutschland schlechthin unanwendbar ist und daß auch keine andere Form der Tabakbesteuerung für uns ein ausreichendes Ergebnis verspricht, nur dann läßt sich das radicale Mittel des Monopols vertheilgen. Hierüber aber kann der Reichstag augenblicklich noch nicht urtheilen, da ihm die Regierung durchaus kein genügendes statistisches Material vorgelegt hat. Er kann, wenn er die vorgelegten Steuergerese verwirft, höchstens noch beschließen: der Bundesrath möge weitere Untersuchungen anstellen und in der nächsten Session besser erwogene Vorschläge machen.“

## Deutschland.

× Berlin, 20. März. Die Commission für die Gewerbeordnungs-novelle hat heute zur die §§ 135—139 erledigt, da die in § 138 enthaltenen Ausnahmsbestimmungen, welche von dem Commissar Geh. Rath Lohmann u. A. durch eingehende Darlegung der Verhältnisse der Glas-Industrie erläutert wurden, und die Frage der Fabriken-Inspectoren sehr eingehende Debatten hervorriefen. Abgesehen von einigen Einschaltungen und Änderungen, die meist durch frühere Beschlüsse wegen der Frauenarbeit veranlaßt waren, wurden die §§ 135—139 unverändert angenommen. Ein Antrag auf obligatorische Einführung der Fabriken-Inspectoren wurde mit 10 gegen 10 Stimmen abgelehnt. Von mehreren Seiten wurde jedoch eine Resolution über diesen Punkt für die zweite Lesung in Aussicht gestellt.

× Berlin, 20. April. Für den 1. April steht eine Menge Veränderungen, Versetzungen und Ernennungen im Personal der Directionen der preussischen Staatsbahnen bevor. — In den Tagen vom 15.—19. März tagte im Landwirtschaftsministerium eine Commission, welche zur Verathung einer Reorganisation des Landesökonomie-Collegiums berufen war. Den Vorsitz in den Sitzungen derselben führte der Wirkliche Geh. Ober-Regierungsrath Schumann. Aus der Verathung ist eine vollständige Vereinbarung über die erwähnte Reorganisation hervorgegangen. Der vereinbarte Plan wird am 1. April dem Landesökonomie-Collegium zur Genehmigung vorgelegt werden. — Die Moor-Commission tritt am 8. April in Berlin zusammen. Die Tagesordnung für dieselbe wird in diesen Tagen festgesetzt werden.

\* Dem Reichstage ist jetzt das früher von uns schon kurz erwähnte Gesetz, betreffend Zuwiderhandlungen gegen die zur Abwehr der Rinderpest erlassenen Vieh-Einfuhrverbote, vom Bundesrath zugegangen. Der Gesetzentwurf bestimmt in den §§ 1 und 2: Wer den auf Grund

des Gesetzes vom 7. April 1869 zur Verhütung der Einschleppung der Rinderpest erlassenen Beschränkungen oder Verböten der Einfuhr lebender Viehdäuer vorfänglich zuwiderhandelt, wird mit Gefängniß von einem Monat bis zu zwei Jahren bestraft. Der Versuch ist strafbar. Wird die Zuwiderhandlung in der Absicht begangen, sich oder einem Anderen einen Vermögensvortheil zu verschaffen oder einem Anderen Schaden zuzufügen, so tritt Zuchthausstrafe bis zu fünf Jahren ein. In den folgenden §§ wird demjenigen, der den bezeichneten Beschränkungen oder Verböten aus Fahrlässigkeit zuwiderhandelt, Geldstrafe bis zu 100 M. oder Gefängniß bis zu 3 Monaten angedroht. Bei Personen, welche nicht weiter als 15 Kilomtr. von der Grenze entfernt ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt haben, ingleichen bei Personen, welche mit den durch die Beschränkungen oder Verbote betroffenen Thieren gewerbsmäßig Handel treiben, insbesondere Fleischern und Viehhändlern, sowie den Gehilfen dieser Personen, ist die Unkenntniß dieser Beschränkungen oder Verbote als durch Fahrlässigkeit verschuldet anzunehmen, wenn sie nicht den Nachweis führen, daß sie ohne ihr Verschulden durch besondere Umstände verhindert waren, von denselben Kenntniß zu erlangen. Ist in Folge der Zuwiderhandlung Vieh von der Seuche ergriffen worden, kann die Strafe im Falle des Vorliegens bis zu 5 Jahren Gefängniß und bei dem Vorliegen gewinnstüchtiger Absicht bis zu 10 Jahren Gefängniß, bei Fahrlässigkeit bis zu 2000 M. Geld- oder 1 Jahr Gefängnißstrafe erhöht werden.

\* Nach Inhalt der in der amtlichen „London Gazette“ veröffentlichten königlichen Verordnungen vom 15. Januar und 4. Februar d. J. sind die englischen Auslieferungsgesetze von 1870 und 1873 neuerdings auch auf die Colonien St. Lucia, Capland, West-Australien und Natal ausgedehnt worden.

Posen, 20. März. Nach einer Zusammenstellung des „Kurzer Posenzeitung“ belaufen sich die Summen, welche der Staat in Folge des sogenannten Brodkorbgesetzes in der Provinz Posen den Gefängnissen entzogen hat, auf rund 143 600 Mark jährlich.

Köln, 19. März. Das Stadtverordneten-Collegium beschloß gestern mit großer Stimmenmehrheit, gegen die Entscheidung der königl. Regierung betreffend die Nichtbestätigung der Wiederwahl des Stadtverordneten Jung als Mitglieds der städtischen Schuldeputation Recurs zu ergreifen.

## Schweiz.

Bern, 17. März. Die aufgegebenen Truppen sind heute Vormittag eingerückt und theilweise in der Kaserne in der Stadt, theilweise in der neuen auf dem Beuntenfelde, wahrscheinlich zum Schutze des Zeughauses, consignirt worden. In der Aarberggasse, wo das Local des Arbeiterbundes liegt und in welcher auch die wenigen hier wohnenden Internationalen heute Abend im Stillen eine kleine Feier begehen, welches letztere aber möglicherweise der Polizei unbekannt sein dürfte, patrouilliren Gensdarmen und Polizeidiener, ebenso beim Bahnhof, der seit 12 Uhr, der Ankunftszeit des Pariser Zuges, namentlich aber um 2 Uhr, von einer großen Menge belagert wurde. — Der französisch-schweizerische Handelsvertrag von 1864 ist auf Antrag der Schweiz zum dritten Mal bis 1. Januar 1879 verlängert worden; möge Frankreich sich bald überzeugen, daß die Einnahmen

## Eisenbahnen minderer Ordnung\*).

(Schluß.) Die Form der Concessionierung muß für Bahnen minderer Ordnung eine einfachere, zweckentsprechendere werden, als für Hauptbahnen. Die umfangreichen Maßnahmen (Vorconcession, Bearbeitung der Pläne, Prospekte, Voranschläge, Einreichung dieser Documente, Prüfung derselben zc. zc.) erfordern einen zu stark belastenden Aufwand an Zeit, Mühe und Geld, der außer Verhältniß steht zu dem Zwecke und der Gesamtnatur einer kleinen Bahn. In Frankreich hat man diesen Massenaufwand für kleine Bahnen vermeiden wollen, aber mit ungeeigneten Mitteln. In Schweden verfährt man einfach bei der Concessionierung, in der Schweiz hatten bis vor kurzem Cantone und Bund mitzuprechen, jetzt ist die Sache vereinfacht. Am besten machen es die Ungarn, wo keine allgemeine Gesetzgebung für das Bahnwesen besteht und alle derartigen Angelegenheiten durch Specialgesetze erledigt werden. Preußen besitzt keine die Concessionierung von Bahnen minderer Ordnung behandelnden gesetzlichen Bestimmungen. Man begnügt sich mit den „Grundrissen für Secundärbahnen“ und behält sich freie Hand bis die Angelegenheit zu größerer Reife gediehen ist. Für die Concessionierungsform schlägt der Verfasser vor: Die Bewerbung um Concession erfolgt bei der Provinzialbehörde, welche Bedürfnis, richtige Lage und Construction am besten beurtheilen kann. Die Vorlagen für solche Bewerbung sollen die möglichst einfachen sein, vielleicht nur eine Zeichnung der Linie in eine gute Karte, kurze technische Beschreibung der Bahn, allgemeine Kostenangabe, Motive für die Anlage. Die Provinzialbehörde berichtet begutachtend mit Beilage

der Vorlagen an das Ministerium, ob die Bahn überhaupt zweckmäßig, ob sie als Bahn minderer Ordnung anzulegen, welche staatliche oder provinzielle Unterstützung ihr zuzuwenden sei. Hat das Ministerium für eine Bahn minderer Ordnung entschieden, so enthält es sich aller weiteren Einmischung in die Einzelheiten der Sache, deren Regelung nur der Provinzialbehörde obliegt.

Um Bahnen minderer Ordnung ins Leben zu rufen, sollte man nicht Actiengesellschaften bilden, sondern Provinzial- und Communalanleihen beschaffen, die, auf den Grund und Boden hypothekarisch festgelegt, das Kapital billiger beschaffen. Die Verwaltung müßte kleine aus der Wahl der betreffenden Provinzial- und Gemeindeorgane hervorgehende Gruppen einer Bahn schaffen, so könnte die Vereinigung die Form von Productivgenossenschaften erhalten. Nur gestalten sich dann die finanziellen Verhältnisse complicirter, als bei einer Anlage durch die Provinz oder die Gemeinde. Die einer Reparatur zu Grunde zu legenden Abschätzungen können weder auf das Areal eines Adjacenten noch auf die allgemeine Lage der Bahn basirt werden. Die Nähe einer Station, die Niederlage der Bahn ist mehr werth als eine lange Verfahrungsline ohne Station oder außer Niveau. Die Producte eines Adjacenten vertragen weitem Landtransport, das Areal des anderen wird von Straßen getrennt, die nach der Bahn führen zc. Die Verwaltungen solcher Bahnen werden meist einen engen patriarchalischen Charakter tragen, es werden ihnen aber dafür alle tüchtigen moralischen Eigenschaften innewohnen, die aus dem Gefühl des directen Besitzes an gemeinnützigen Institutionen erwachen. Beihilfe des Staates würde solchen Vergesellschaftungen leichter zu gewähren sein als den Actiengesellschaften. Sie wollen keine Erwerbsinstitute sein, bieten niedrige Verzinsung als die Staatsschuld, also wird der Staat seine Unterstützung seltener in Form von Vetheiligungen

gewähren als von Darlehen, Subventionen und Hergaben à fonds perdu. Die Gesetzgebung hat die Pflicht, die Anlage solcher Bahnen durch Körperschaften, provinziellen und communalen Credit möglichst zu fördern.

Selbst die sorgsamst durchgeführte Anpassung solcher Bahn an die lokalen Bedingungen wird das Unternehmen anfangs vor Noth und Unrentabilität kaum bewahren können. Die dadurch notwendig werdenden Hilseleistungen können bestehen in Geschenken (à fonds perdu), in Darlehen, in Vetheiligung am Geschäft. Die Gesetzgebung muß nun die nöthige Beweglichkeit besitzen, um keiner dieser Hilseleistungsformen hindernd in den Weg zu treten. Das thut sie in Frankreich nicht, weil sie der Individualisirung der Lokalbahnen bei Gewährung von Subventionen zu wenig Rechnung trägt, weil sie dieselbe an unpraktische Bedingungen knüpft und daher nicht im Stande gewesen ist, das Lokalbahnwesen zu fördern. In der Schweiz macht man die Gewährung von Subventionen und deren Höhe von den Erwägungen des bestimmten Falles abhängig. Ähnlich in Schweden, wo der Betrag des Darlehns sich in Maximo bis zu der Höhe der Herstellungskosten erheben kann. Der Staat gewährt dort immer, die Stadt- oder Landgemeinde meist die unentgeltliche Entnahme des Stein-, Kalk- und Sandmaterials, häufig auch den Grund und Boden. In Ungarn werden jeder einzelnen Linie durch ausführliche Bestimmungen in den Concessionsurkunden geordnet, die alle ähnliche Form, oft aber sehr abweichenden Inhalt haben. Unter allen Garantien ist die eines Reinertrages die wenigst empfehlenswerthe, da sie die Mängel des Betriebes zudeckt und den Trieb nach guten Einnahmen abschwächt. Die englische Gesetzgebung kennt eine finanzielle Förderung des Eisenbahnwesens durch den Staat nicht, in Baiern baut der Staat alle Nebenbahnen selbst. Diese Vielgestalt ergibt, daß die Mittel, durch welche

die Anlage von Bahnen minderer Ordnung gefördert werden können, nicht allein für jedes Land, sondern fast für jede Einzelnlinie andere sein müssen, wenn die Anlage das Bedürfnis decken und das Höchstmäß ihrer befruchtenden Wirksamkeit leisten soll. Ebensovienig wie es keine absolute gute Eisenbahnconstruction giebt, ebensovienig ist das Recept für die zweckmäßigste Form der finanziellen Hilseleistung gefunden, noch wird es jemals entdeckt werden. Auch hier ist die Behandlung von Fall zu Fall durch redliche sachverständige Intelligenz der einzige Weg, in jedem einzelnen Falle der Erreichung des Zweckes so nahe als möglich zu kommen.

Die unklaren Vorstellungen unserer Fachkreise über den Charakter des Tarifwesens sind ersichtlich. Sie äußern sich in Versuchen, „regulirend“, „prinzipiell“, „Einheitsrichtlinien herbeiführend“ zu gestalten. Alle beruhen auf Mißverständnissen und Unklarheiten, wenn sie die exacte Tarification der Post- und Telegraphenbeförderungen zum Vorbild nehmen, deren Wesen vom Eisenbahn-Transport total verschieden ist. Post und Telegraph verändern den Werth der beförderten Objekte nicht durch ihre Beförderung. Kohlen, Getreide zc. werden durch den Transport ganz andere Werth-Objekte. Daher ist der Bahntransport recht eigentlich eine Industrie, welche neue Werthe producirt, und muß deshalb nach mercantilen Grundfätzen betrieben werden. Wenn der Centner Kohle in dem hundert Meilen weit gelegenen A. heute seinen Werth verdoppelt, morgen aber nicht mehr verkauft werden kann, weil vielleicht durch Aufstauen eines Flusses, durch andere Verkehrswege oder Handels-Conjuncturen ihm billiger Kohlen zugehen, so muß man, falls man den Absatz dorthin nicht missen kann, für gerade diesen Ort mit dem Transportpreise heruntergehen. Nichts wäre aber unverständlicher, als wenn man deshalb auch für andere Ziele denselben ermäßigen wollte, oder wenn man im nächsten Winter, sobald der Fluß wieder aufriert, dem Orte

\* Wir bitten so, und nicht „niederer“ Ordnung, wie in dem gestrigen Artikel verdruckt war, zu lesen. Der Titel des oben besprochenen Buches lautet: „Der staatliche Einfluß auf die Entwicklung der Bahnen minderer Ordnung“, von Max Maria v. Weber. (Leipzig. Hartleben).“



defto magerer find, je fetter die Hölle. — Die englisch-schweizerische Gefellfchaft zur Herftellung der condenfirten Milch giebt für das Jahr 1877 24 Proc. Dividende.

#### Frankreich.

Paris, 19. März. Der Budget-Ausschuss hat zu beantragen beschloffen, daß während der Pariser Weltausstellung folgende Entschädigungsgelder für Repräsentation bewilligt werden: dem Präsidenten der Republik 500 000 Francs, dem Minister für Ackerbau und Handel 250 000 Fr., den übrigen Ministern je dem 100 000 Fr. und den in Paris wohnenden Beamten eine Zulage von 10 Proc. ihres Gehalts. — Sonntag find die Stichwahlen für die Deputiertenkammer vollzogen worden in Marseille, in Alais (Gard) und in Fougères (Ille-et-Vilaine). Alle drei fielen zum Vortheil der Republikaner aus, in Fougères wurde Riban, in Alais der Oberst Favand gewählt. Besonders interessant war die Abstimmung in Marseille. Dort waren die Candidaten aufgestellt: Amat, ein vergleichsweise gemäßigter Republikaner, Clovis Hugues, ein Intransigent vom reinsten Wasser, und Blanqui, der bekanntlich seit vielen Jahren im Gefängnis ist. Clovis Hugues hatte sich verpflichtet, wenn er gewählt werde, zu Gunsten Blanqui's zurückzutreten, und seine Candidatur wurde von dem radicalen Central-Comité unterstützt. Aber diese Unterstützung sollte ihm nicht den Sieg verschaffen: Amat erhielt 4423, Clovis Hugues 4284 und Blanqui 564 Stimmen. — Der Stand in der Schule von Saint-Cyr macht fortwährend solches Aufsehen, daß die Regierung sich gezwungen sieht, eine Untersuchung anzuordnen. Der allgemeine Unwille ist noch gewachsen, seitdem man den Text der Adresse kennt, welche die ultramontanen Jöglinge an den Papst schicken wollten. Es kommt darin folgende Stelle vor: „Unsere Liebe zu Frankreich, dessen Dienst wir unser Leben widmen, ist unzertrennlich von unserer Liebe zur heiligen Kirche. . . Indem wir uns demütigst Eurer Heiligkeit zu Füßen werfen, erbitten wir einen Segen für uns, für unsere Angehörigen, für die Schule von Saint-Cyr und für die französische Armee, welche in Zukunft, das ist wenigstens unsere größte Hoffnung, der rechte Arm und die älteste Tochter der Kirche sein wird.“ Die Adresse enthielt ferner folgenden Satz, der jedoch nach Versicherung einiger Blätter gestrichen worden: „Als französische Soldaten sind wir noch die Soldaten Christi in dem Kampfe gegen die Revolution, und unsere religiösen Gefühle sind rege mit unserem Patriotismus verbunden.“ Man will Beweise haben, daß es die Jesuiten waren, welche den clericalen Jöglingen von St. Cyr die Adresse zukommen ließen und diese bestimmten, sie zu unterzeichnen, und sogar, daß der General Henrion, Commandant der Schule, den geheimen Vermittler spielte. Die Adresse selbst wurde nur von 50 Jöglingen unterschrieben; die Jesuiten zählten eine viel größere Anzahl von Anhängern in der Schule; aber da einer der Jöglinge, ein ehrlicher Elsäßer, die Sache vor den zweiten Commandanten der Schule brachte, so wurde das Unterzeichnen sofort eingestellt. Die liberale Presse verlangt dringend, daß endlich die Befehle in Anwendung gebracht werden, welche den Jesuiten den Aufenthalt in Frankreich untersagen. Die clericalen Blätter juchten heute darzutun, daß die Jöglinge nur einen „einfachen Gewissensact“ vollzogen hätten und daß ein Einschreiten von der Regierung gegen dieselben eine „Verletzung der Gewissensfreiheit“ sei! — Den Vertretern des „Syndicats der Pariser Presse“ ist von Herve mitgeteilt worden, daß der General-Commissar der Weltausstellung ein besonderes Local im Centrum der Weltausstellung zur Verfügung der französischen und ausländischen Presse herstellen will. Es handelt sich nur noch darum, mit dem General-Commissar sich über die Bedingungen zu verständigen, unter denen die französischen und ausländischen Journalisten diesen Raum für ihre Studien und für ihre brieflichen oder telegraphischen Correspondenzen mit ihren Zeitungen benutzen können. — Dieser Tage hielten 54 Präfecten und Unter-Präfecten des 16. Mai eine Versammlung ab, in welcher sie ein Schriftstück unterzeichneten, worin sie sich verpflichteten, von dem Marschall de Mac Mahon kein Amt mehr anzunehmen. Da kann man wohl mit Recht sagen: „Die Trauben sind sauer“, wenn auch

der Marschall Anlaß genug hat, in Zukunft mit Versprechungen vorsichtiger zu sein als er es im vorigen Jahre gewesen. — In Decazeville dauert die Ruhe fort. Die Grubenarbeiter haben die Arbeit wieder aufgenommen. — Gambetta giebt, wie es heißt, in dieser Woche ein großes diplomatisches Diner, an welchem die Minister Waddington und Léon Say Theil nehmen werden und wozu die Botschafter von Deutschland, England, Rußland und Italien eingeladen sind.

Versailles, 19. März. In der heutigen Sitzung des Senats wurde die Beratung des Ausgabebudgets begonnen. Nach einer langen Rede des Generals Chanzy über Algerien und nach einer Beantwortung derselben durch Pomel wurde die allgemeine Discussion geschlossen. Der Senat nahm die Budgets der Ministerien der Finanzen, der Justiz, des Auswärtigen und einen Theil des Budgets des Innern an. Der Unterrichts-Minister legte den Gesetzentwurf über die Reorganisation der protestantischen Kirche in Folge der Abtretung von Elsaß-Lothringen auf den Tisch des Hauses, der Kriegs-Minister zwei Gesetzentwürfe über den Ergänzungscapital für Einberufung eines Theiles der Territorial-Armee und über einen neuen Ergänzungscapital auf Rechnung der Liquidirung vor.

#### Portugal.

Lissabon, 18. März. Elf Studenten der Universität von Coimbra sind wegen ungehörigen Betragens bei einer Procession ausgewiesen worden. Es herrscht dieshalb große Erregung unter den Studenten, die eine Bittschrift an den König vorbereiten. — Der Minister-Präsident Marquis von Avila ist zum Herzog erhoben worden.

#### Italien.

Rom, 17. März. Garibaldi beabsichtigt, im Einverständnis mit Sella, ein Ministerium der Versöhnung zu bilden, in welchem Männer aller Parteigruppen, der Rechten und Linken, vertreten sein sollen, aber keineswegs solche, die zur äußersten Linken galten. Die wichtigsten Portefeuilles des Unterrichts, des Innern und der Justiz wird er nur mit Männern aus den Reihen der Progressiven besetzen, den Herren von der Rechten aber die Ministerien des Kriegs, der Marine, der Finanzen, der Bauten, des Ackerbaus und Handels anvertrauen. Gerade deshalb flößt aber die Bildung des neuen Cabinets auf Hindernisse. Der Senator Casaretto hat nicht den Muth mehr, das so schwierige Amt eines Finanzministers zu übernehmen, obwohl er anfangs dazu bereit war. Der General Cosenz, dem das Portefeuille des Kriegs angeboten war, besitz nicht die Gabe der Rede, hat aber erklärt, den Posten eines Generalsecretärs in diesem Ministerium anzunehmen, eine Befähigung, die alles Lob verdient. Den Professor Bessina haben die Ricoterianer bestimmt, nicht den Posten des Siegelbewahrers in dem Cabinet des Mannes anzunehmen, welcher den Austritt ihres Freundes aus dem Ministerium Depretis verlangt hatte. General Farini ist nicht damit zufrieden, daß Männer von der Rechten mit ihm in dem Cabinet sitzen sollen und hat die Uebernahme des auswärtigen Amtes abgelehnt, das nunmehr dem Grafen in Athen, Grafen Ruffini, angeboten sein soll. Oberst Marselli will in kein Ministerium eintreten, in welchem er politische Gegner zu Kollegen haben soll; das Bauministerium ist daher dem einfältigen Chef desselben, Ingenieur Jacini, in Mailand angeboten worden. Offenlich wird es Garibaldi gelingen, die jetzt wieder mehr als je auslodern den Flammen der Partei-leidenschaften zu dämpfen und Männer, wie er sie brauchen kann, endlich doch noch zu finden. — Der Herzog von Aosta ist aus Wien, wo er mit Ehren überhäuft worden, zurückgekehrt und soll beabsichtigen, sich mit einer Tochter des römischen Fürsten Colonna zu vermählen. — Das auf gestern anberaumte Consistorium ist dem Vernehmen nach bis zum 28. d. M. verschoben, weil die mit dem französischen Ministerium angeknüpften Unterhandlungen wegen Ernennung eines französischen Cardinals und wegen Wiederbesetzung des durch Baron Baude's Abberufung erledigten Botschafterpostens noch schweben. Der Papst fährt fort, die in der Verwaltung der Curie und in der Haushaltung der päpstlichen Residenz eingerissenen Mißbräuche abzuwaschen und Ersparnisse anzuordnen. Dieser Tage soll eine Anzahl Pferde und Wagen, welche zur Bequemlichkeit der im Vatican und in der Stadt wohnen-

den päpstlichen Beamten unterhalten wurden, verkauft werden. Denen, die ihm Einwendungen dagegen machten, erwiderte er, es besäße ja jetzt in Rom eine Pferdebesatzung, welche den Verkehr auf den Straßen, also auch den mit dem Vatican für zwei Solbi besorge! Er scheint auch gesonnen zu sein, den Gläubigen bei den nächsten politischen Wahlen empfehlen zu wollen, an den Urnen zu erscheinen. Cardinal Franchi hat dies sogar neuerlich einem Deputirten der äußersten Rechten, dem Grafen M., persönlich versichert. In allen der Dynastie aufrichtig ergebenen liberalen Kreisen erregt diese Versicherung die gerechte Besorgniß, daß das Ansehen derselben und das der Regierung stark leiden würde, wenn letztere sich eines schönen Tages im Abgeordnetenhaus einer clericalen Majorität gegenüber befände. Dann werden aber auch die Gemäßigten es tief beklagen, das Garantiegesetz geschaffen zu haben, um so mehr, als die aus ihren Reihen ernannten Mitglieder des Staatsraths erst kürzlich auf die Anfrage Crispi's erklärten, daß jenes Gesetz ein staatliches Grundgesetz sei, gleichzeitig aber auch die Ansicht ausgesprochen, daß diejenigen, welche durch Wort und Schrift dieses Gesetz angreifen, bestraft werden müßten. Das „Diritto“ findet dieses Gutachten für durchaus ungerechtfertigt und hofft, daß das neue Ministerium darauf nichts geben werde. Die Regierung soll nach dem Wortlaute des Gutachtens dem Papste zu Liebe alle diejenigen verfolgen, die das Garantiegesetz einer scharfen Kritik unterziehen, und da deren Zahl Legion ist, soll sie also Gefahr laufen, allgemeine Unzufriedenheit zu erregen. Daß die Mitglieder einer Partei, die solche der Krone und der Regierung nachtheilige Ansichten vertreten, noch weniger als die loyal gesinnten Herren der Linken zum Regieren befähigt sind, wird Jeder, welcher auf richtige Sympathie für die Dynastie und die Nation hegt und unparteiisch urtheilt, begreifen. — Es ist schon berichtet, daß der neue Papst auf Anrathen der Aerzte während der Sommermonate den Vatican verlassen und die Villégiatur in Castel Gandolfo beziehen dürfte. Diese Mittheilung scheint sich zu bestätigen, denn man erzählt, daß Nonnen, welchen Pius IX., der seit 1870 Castel Gandolfo fern blieb, die päpstlichen Wohnräume dort selbst überlassen hatte, die Weißen erhalten haben, sich nach einem anderen Obdach umzusehen. — In Erinnerung an die neuliche Neuterei der päpstlichen Schweizer dürfte die numerische Uebersicht der zur Zeit im Vatican vorhandenen militärischen Streitkräfte von Interesse sein. Es bestanden vor der jüngst erfolgten Abschiebung einer Anzahl widerspenstiger Söhne Uri's, Zug's, Unterwaldens und der übrigen Cantone, aus welchen sich die päpstliche Schweizergarde rekrutirt, 150 Mann dieses Corps, welche indessen nur zur Hälfte eigentliche geborene Schweizer sind, während die andere Hälfte aus in Rom zur Welt gekommenen Kindern im Dienste des Papstthums gestorbenen oder nach abgekaufter Dienstzeit pensionirter Schweizer zusammen-gesetzt ist. Beinahe die sämtlichen Schweizergardisten sind verheirathet. Die Zahl der päpstlichen Gensdarmen beläuft sich auf 80, die Schloßgarde ist 250 Mann stark, die abelige Leibgarde besteht aus 50 Mann und endlich giebt es fünf Feuerwehrcorps, so daß ein totaler Armeebestand von 535 Mann vorhanden ist. — Mehrlich wie bei dem im Mailänder Dome für die Seelenruhe des verstorbenen Königs Victor Emanuel abgehaltenen Todtenamte ist auch bei einer der Requiemessen für Pius IX. ein bedauerliches Unglück vorgefallen, dem mehrere Menschenleben zum Opfer fielen. In der Gemeinde von Contrab, Provinz Avellino brach während der kirchlichen Functionen in der Kirche Feuer aus und in der hierdurch entstandenen Verwirrung wurden einige Menschen erdrückt und viele mehr oder minder schwer verwundet.

Florenz, 19. März. Das „S. Tel.-B.“ meldet: Die Stadt Florenz hat ihre Zahlungen eingestellt. Die Waffina belaufen sich auf ungefähr 125 Millionen Francs, darunter 30 Millionen in Florentiner Loosen.

#### Schweden und Norwegen.

Christiania, 17. März. „Morgenbladet“ will mit Bestimmtheit wissen, daß die Königin von Schweden und Norwegen, welche sich bekanntlich jetzt als Patientin in Heidelberg aufhält, im bevorstehenden Sommer eine Villa in der Nähe von

erwarteten Acte der Geseßgebung athmen möge. Dann wird die so sehr wichtige Angelegenheit der Bahnen minderer Ordnung in Preußen zu gesunder, gegenwärtiger Entwicklung gelangen. Dann werden unsere Einrichtungen und Maßnahmen auf diesem Gebiete allen anderen europäischen Culturstaaten zum Vorbild dienen.

#### Literarisches.

„Aegypten in Bild und Wort“, dargestellt von unseren ersten Künstlern, beschrieben von Georg Ebers. — Wir erhalten soeben den Prospect dieses neuen, hervorragenden Werkes, das in den nächsten Tagen bei Eduard Hallberger in Stuttgart erscheinen wird und bei dem nach der vorliegenden Probe der berühmte Verfasser, eine Reihe erster Künstler und der Verleger in edlem Betteifer bestrebt sind, ein Prachtwerk im vollen Sinne des Wortes zu schaffen. Von den Künstlern, die ihre Mitwirkung zugesagt, sind u. A. zu nennen: Ludw. Burger, B. Fiebler, W. Genz, Ad. Snauth, Ferd. Keller, Fr. Lenbach, G. Maxart, Gust. Richter, Ad. Seel, Alma Tadema, Welfsch, C. Werner. Da ja ohnehin jetzt aller Blicke nach dem Orient gerichtet sind, so kommt das Prachtwerk eben recht, um der gebildeten Welt von dem Wunderlande Aegypten zu erzählen, und wahrlich einen besseren Erzähler als Georg Ebers, den gelehrten Dichter, der sein reiches Wissen in so schöne Sprache, so ansprechend zu kleiden versteht, kann das Land der Pharaonen nicht finden. — „Ebers Aegypten“ wird unzweifelhaft ein Werk werden, das unserer deutschen Literatur zur Ehre gereicht und das einer glänzenden Aufnahme bei allen Gebildeten um so mehr sicher sein darf, als es bei der prachtvollen Ausstattung doch verhältnismäßig billig ist. Das selbe wird in ca. 36 auf's Reichste illustrierten Lieferungen von je 5 Bogen größt Folio erscheinen, und es wird die Lieferung nur 2 Mark kosten.

Rosß in Norwegen. — Die Beziehungen geduldet. — Das Eisenbahn-Comité hat den Regierungsvorschlag über Contrahirung einer Staatsanleihe von 31 Mill. Kr. zur Annahme befürwortet; aber die Behandlung dieser Sache im Storting, welche zu Donnerstag angelegt war, mußte aufgeschoben werden, weil neue Aufklärungen eingegangen waren, wodurch dem Vernehmen nach die Nothwendigkeit einer sofortigen Contrahirung einer vorläufigen kleineren Anleihe nachgewiesen sein sollte. (Der bereits mitgetheilten telegraphischen Nachricht aus Christiania vom 18. d. M. zufolge stimmte das Storting für die Contrahirung einer oder mehrerer Anleihen à 4 oder 4½ Proc. in Höhe von 31 Millionen Kronen und bevollmächtigte die Regierung, einzuweisen eine Anleihe von 10 Mill. zu contrahiren.)

#### Türkei.

P. C. Konstantinopel, 13. März. Man fühlt hier instinctiv, daß die Orientfrage durch den Frieden von San Stefano nicht endgiltig gelöst sei, daß viele schwarze Punkte am Horizonte aufstehen und daß der türkisch-russische Vertrag den Keim zu großen Schwierigkeiten in sich trage. Die langwierige russische Occupation Bulgariens und die Abgrenzung des neuen bulgarischen Staates werden unter allen Umständen eine mehrseitige, ernste Anfechtung erfahren. Die Occupation, wenn sie auch einer wirklichen Annexion nicht gleicht, kann dennoch der Ausgangspunkt und die Vorbereitung zu einer solchen werden. Was die für Bulgarien festgesetzten Grenzen betrifft, so findet man unter dem Gesichtspunkte einer Besorgniß vor dem Anwachsen des russischen Einflusses in diesen Territorien, daß die Grenzen in einer geradezu beunruhigenden Weise gegen Westen, hauptsächlich aber gegen Süden vorgeschoben wurden. Der schmale Streifen Erde, welcher der Türkei zwischen den beiden Meeren übrig bleibt, ist einer der ärmsten und mindestdurchdringbaren Striche von Rumelien. Konstantinopel ist verurtheilt, in der von zwei Seiten es umfassenden Einfriedung der Bulgaren zu ersticken, und Saloniki selbst ist unglücklicherweise bestimmt, in Kurzem seinen commerciellen Wohlstand sinken und verschwinden zu sehen. Dießige Schwarzseher behaupten, daß Kavala die Wiege einer beträchtlichen Handels-, ja selbst einer Kriegsmarine werden könne. Es kann selbst für eine russische Flotte aus dem baltischen Meere ein Zufluchtsort werden und man begreift, daß Rußland, indem es diese Concession der Pforte abgewungen, nicht weiter das Bedürfnis zu einer Abänderung der bezüglich der Dardanellen bestehenden Verträge gefühlt hat. In Wirklichkeit haben seit Gründung des bulgarischen Staates die Dardanellen in ihrer wesentlichen, politischen Bedeutung zu existiren aufgehört. In diesem Augenblicke ist Kavala (das alte Neapolis der Griechen und Hafen von Philippi) nur ein großes Dorf, welches sich bis an's Meer erstreckt und von einem alten Fort dominiert wird. — Im Friedensvertrage ist den Rohamedanern in den von der Türkei abgetrennten Provinzen ihr Hab und Gut gewährleistet; es läßt sich aber voraussehen, daß wenig Muselmänner im Lande bleiben werden, in welchem der verachtete und gehäßte Ghaour von nun an Herr sein wird. Die bisherigen türkischen Staatsgüter in Bulgarien, welche der neuen Regierung des Fürstenthums zufallen, werden gestatten, die europäische Einwanderung zur Ausbeutung des von Natur aus so fruchtbaren Bodens hinzuziehen. Bezeichnenderweise ist bereits seit Monatsfrist der Preis von Grund und Boden in Bulgarien um das Doppelte gestiegen. Die Bulgaren haben sich bereits mit der Wahl einer Hauptstadt beschäftigt, und es sind die Ansichten in dieser Beziehung sehr getheilt. Die Einen schlagen Tirnovo als eine der alten Hauptstädte der bulgarischen Könige vor, Andere sind für Sophia, welches eine ziemlich centrale Lage und vor Philippopol den Vortheil voraus hat, eine befestigte und zur Verteidigung eingerichtete Stadt zu sein. Nichtsdestoweniger ist es wahrscheinlich, daß die Majorität der Stimmen sich für Philippopol entscheiden werde, welches an der directen, Konstantinopel mit dem Abendlande verbindenden Linie liegt.

Der „Times“ wird aus Volo in Thessalien vom 14. d. geschrieben: „Die Türken haben Bulgariin geräudt, nachdem sie unbeschreibliche Greuel an den Einwohnern verübt. Viele Mädchen und Knaben werden vermißt. Der von der englischen Regierung entsandte Herr Longworth befand sich in Bulgariin, bevor das Dorf von den Türken geräumt wurde, und er hat Vieles von der Wahrheit erfahren, doch nicht Alles, da der Kaimakam und Amos Aga zugegen waren, als er die Landleute über die Vorformnisse befragte. Er fand auf der Straße die Leichname von 9 oder 10 der angesehensten Bauern, welche verrätherisch von Amos Aga ermordet waren. Er erhielt darauf die Weisung, sich nach Epirus zu begeben, woselbst die Aufständischen täglich Fortschritte machen. Am Sonntag wurde in der Umgegend von Agia (einem Städtchen von 400 Häusern) gefochten, doch und über den Ausgang des Kampfes noch keine sicheren Nachrichten bekannt geworden. Die Türken brachten zwei abgeschlagene Köpfe in den Ort hinein und steckten sie daselbst auf; auch einen verwundeten, bei Larissa gefangenen Führer der Aufständischen, Hadzifopulos, schlepten sie mit, tödteten ihn, spießten seinen Kopf auf und schlugen denselben dann in Stücke. Die Aufständischen halten sich jedoch im Felde und scheiden sich an Agia anzugreifen, woselbst 1100 Mann regulärer türkischer Truppen liegen. Miza kam vor dem Städtchen mit ungefähr 500 Griechen an. Bulgariin befindet sich mit einer etwa gleich starken Truppenmacht in der Nachbarschaft und 7—800 Aufständische marschiren vom Telloz zu seiner Verstärkung heran. Am Sonntag verbrannten die Aufständischen ein von den Türken verlassenes Dorf bei Bulgariin. Dies war allerdings eine arge Ausschreitung, doch ist die Führung der Aufständischen im Allgemeinen musterhaft.“

#### Rumänien.

P. C. Galatz, 17. März. Die rumänische Armee ist bis auf zwei Regimenter, welche Widdin und Belgradschik noch besetzt halten, auf rumänisches Gebiet zurückgekehrt. Uebermorgen wird hier ein rumänisches Cavallerie-Regiment unter dem Befehle des Obersten Salman erwartet.

A. mit dem niedrigeren Preise ein Geschenk machen wollte. Der Bahntarif ist ein Handelsartikel, der nach den Verhältnissen steigen und fallen muß. Je complicirter die Verkehrswege, desto leichter und rascher beweglich muß die Eisenbahntarifung sein, jeder „regulirende“ Eingriff wäre Beeinträchtigung. Anders ist es beim Personentransport, ein Passagier hat keinen Marktpreis, steigt durch die Beförderung nicht an Werth, die leicht ausgleichbaren Einflüsse der Concurrenz abgerechnet. Wenn nun öfter auch die großen Eisenbahnverbände zu fester regulirten Compromissen in Betreff der Tarifsätze sich veranlaßt sehen, so fallen solche Momente bei Bahnen minderer Ordnung doch vollständig weg. Selbst die Ausbeutung ihres Transportmonopols für ein gewisses Gebiet wird eingeschränkt durch die Verhältnisse der beförderten Stoffe. Am wenigsten schädigen die Freiheit des Tarifsabnehmens noch die festgesetzten Maximaltarifsätze, da deren Ueberschreitung meist schon durch die Verkehrsverhältnisse verboten wird. Die legislatorische und administrative Behandlung des Tariswesens in den verschiedenen Staaten erweist, daß man noch nirgends das Richtige getroffen und daher weder die Entwicklung solcher Bahnanlagen noch die Prosperität der bestehenden dadurch gehoben hat. Das liegt an dem bereits erwähnten Mißverständnis der Natur des Transportwesens. Der Staat soll sich von administrativen oder gar legislatorischen „Regulirungen“ des mercantilschen Theils des Eisenbahnsystems, des Tariswesens, fern halten oder wenigstens seine Bestimmungen allgemeiner fassen, der individuellen Behandlung einen weiteren Spielraum gewähren, als dies bisher der Fall gewesen ist.

Dem Staate gegenüber haben die Bahnen minderer Ordnung verschiedene Pflichten. Außer der selbstverständlichen Steuerentrichtung werden diese Pflichten bestimmt durch den Zweck der Bahnanlage, ihre Lage zu den berührten Orten und anderen Bahnhöfen, ihre Ausdehnung, ihre

Constructionsart. Die Wahrung der persönlichen Sicherheit der Staatsbürger und ihres Eigentums hat der Staat zunächst zu verlangen. Die Ansprüche werden verschieden sein, je nach Bau- und Betriebsform, Lage etc. Sobald hat die Bahn sich zu richten nach den bereits vorhandenen Communicationen, den Straßen und Wasserläufen. Die Zahl der Niveau-Kreuzungen von Bahnen und Straßen beträgt in England 6552, in Preußen (1875) 24 360, in Frankreich (1871) 10 412. Natürlich übt die Beschränkung der Niveau-Uebergänge auf den Herstellungskosten großen Einfluß. Ferner ist die Bahn zur Mitwirkung bei der Landesverteidigung verpflichtet, besonders die normalspurige, die ihr Betriebsmaterial für Militärtransport einzurichten hat. Befreit sollte aber keine Bahn von der Mitwirkung für Landesverteidigungszwecke werden. Auch die Bahnen minderer Ordnung müssen sich Bestimmungen über den Posttransport gefallen lassen, doch dürften die deshalb vom Staate gemachten Anforderungen nicht als Druck empfunden werden, sondern sich der Individualität der Bahnen anpassen. Weit leichter erfüllt sich eine ähnliche Verpflichtung gegenüber der Telegraphie. Endlich würde der Staat Leistungen für das Gemeinwohl, z. B. in Theuerungzeiten, für Dungsstoffe beanspruchen und ebenso verlangen können, daß bei der Verwaltung auf Militärs Rücksicht genommen werde. Darauf würden sich die Verpflichtungen der Nebenbahnen gegen den Staat beschränken.

Unter Zugrundelegung dieser Materialien, Anschauungen und Grundzüge giebt uns Weber dann einen Gesetzentwurf für Bahnen minderer Ordnung und zugleich einen für Bedingnißhefte zu denselben. Der Geist, in dem diese Entwürfe abgefaßt sind, verräth sich klar aus den ausführlichen Motiven, deren Inhalt wir eben kurz zusammengefaßt haben. Wir können nur wünschen, daß dieselben in der That auch



**Lohnender Nebenerwerb!**

Personen, welche sich für dieses Jahr ohne Mühe u. ohne Capital einen schönen Nebenverdienst sichern wollen, finden hierzu Gelegenheit. Zuschriften an die Annoncen-Expedition von **Adolf Steiner in Leipzig** unter **Becherwerthen!**



Verantwortlicher Redacteur S. Rödner.  
Druck und Verlag von K. W. Rasemann  
in Danzig